

Globethics Repository



Klimaerwärmung und Gerechtigkeitskälte?

This page was generated automatically upon download from the Globethics Repository. More information on Globethics see <https://www.globethics.net>. Data and content policy of Globethics Repository see <https://repository.globethics.net/pages/policy>.

Item Type	Conference proceedings
Authors	Dietschy, Beat
Publisher	Brot Für Alle
Rights	With permission of the license/copyright holder
Download date	2026-10-28 15:50:57
Link to Item	http://hdl.handle.net/20.500.12424/174850

Klimaerwärmung und Gerechtigkeitskälte?

Überlegungen zu einem mentalen Klimawandel¹

Beat Dietschy

„Der Klimawandel ist die grösste Bedrohung für die menschliche Entwicklung im 21. Jahrhundert.“ Dies stellt das Entwicklungsprogramm der UNO in seinem letzten Bericht² fest. Ähnlich lauten die Prognosen des UNO-Umweltprogramms UNEP, das vor einer beispiellosen Ressourcen-, Energie- und Entwicklungskrise warnt. Und auch die OECD hält in ihrem Umweltausblick bis 2030 fest: Wenn keine neuen Politikmassnahmen ergriffen werden, laufen wir Gefahr, das ökologische Fundament für dauerhaften wirtschaftlichen Wohlstand in den nächsten Jahrzehnten irreversibel zu schädigen“.³

Die Faktenlage ist hinreichend klar: die Klimaerwärmung führt zu drastischen Veränderungen der Wetterbedingungen und in den Ökosystemen. Gebirgsgletscher schmelzen weltweit, genauso wie das arktische Packeis. Permafrostböden tauen auf. Tropische Wirbelstürme nehmen in Intensität und Häufigkeit zu. Wüsten und Steppen breiten sich aus. Ökologisch bedeutende Feuchtgebiete verschwinden und mit ihnen die Artenvielfalt dieser Biotope. Auch die Meere sind betroffen. Steigende Wassertemperaturen lassen heute schon Korallenriffe absterben. Und die Übersäuerung der Meere wird gravierende Folgen für viele Organismen haben.

Unbestreitbar sind die wesentlichen Erkenntnisse bezüglich der Ursachen der Veränderung. Die Forschungsergebnisse, welche der Weltklimarat IPCC zusammengetragen hat, sprechen eine klare Sprache: die für die Klimaerwärmung verantwortlichen Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre waren in den vergangenen 800'000 Jahren nie so hoch. Hauptursache der Zunahme von Treibhausgasen in der Atmosphäre sind eindeutig die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Erdöl, Erdgas und Kohle, die Landwirtschaft (vor allem die Viehzucht) sowie die veränderte Bodennutzung (Entwaldung). Mit andern Worten: es handelt sich um eine menschengemachte, in der Hauptsache durch die Industriegesellschaft hervorgerufene Veränderung im globalen Ökosystem.⁴

Alle werden vom Klimawandel betroffen sein, am meisten jedoch werden die ärmsten Menschen und die ärmsten Länder darunter leiden, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben. Häufigere Dürreperioden, Überschwemmungen, Versalzung und Erosion von Böden werden die Landwirtschaft in vielen Gebieten der Erde stark beeinträchtigen. Insbesondere in Entwicklungsländern rechnet der IPCC bis 2020 mit Ertragseinbussen bei den Ernten von bis zu 50 Prozent.

Doch bereits heute sind die Auswirkungen des Klimawandels unübersehbar. Seit dreissig Jahren versinken Inseln im Pazifik stetig mehr im Meer. Weil ihre Süsswasserquellen vom Meer überspült werden, sind zahlreiche Atolle bald nicht mehr bewohnbar. 2006 ging die

¹ Der Text geht auf einen Vortrag am 13. Internationalen Dialogseminar Nord-Süd zurück, das vom 16.-19. Dez. 2008 in Barcelona stattfand. Die Tagung wurde vom Missionswissenschaftlichen Institut Aachen, der Vereinigung „Filosofía de la Tierra y de las Culturas“ und der Soziologischen Fakultät der Universidad de Barcelona veranstaltet. Thema war die Bedeutung der Erde in den Kulturen (El lugar de la Tierra en las culturas culturales. Hacia un diálogo de cosmologías ante el desafío ecológico).

² Human Development Report 2007/2008. Fighting climate change: Human solidarity in a divided World. UNDP, New York 2007.

³ Nach: Entwicklungspolitischer Blick auf die Herausforderungen und die Auswirkungen der globalen Klimaveränderung und die Post-Kyoto-Verhandlungen, Alliance Sud-Dokument, 2008, S. 3.

⁴ Vgl. IPCC (www.ipcc.ch)

erste bewohnte Insel, Lohachara, unter. Die 10'000 Einwohner der im Mündungsdelta des Ganges gelegenen Insel mussten auf eine Nachbarinsel flüchten, die ebenfalls bereits einen Zehntel ihrer Landfläche verloren hat. Weltweit leben etwa 150 Millionen Menschen in Gebieten unter einem Meter über Meer. Sie sind von den voraussehbaren direkten Folgen der Erderwärmung akut bedroht.

Die indirekten Folgen des Klimawandels

Der steigende Meeresspiegel, die schmelzenden Gletscher oder die ausbleichenden Korallen gehören zu den offenkundigen Folgen der Erderwärmung. Doch neben den auf den ersten Blick sichtbaren gibt es zahlreiche weniger augenfällige und indirekte Effekte des Klimawandels, die sich gegenseitig verstärken⁵ oder sich mit anderen soziokulturellen, ökonomischen oder Umweltentwicklungen überlagern.

So verschärft der Klimawandel die *Wasserkrise*. 1,2 Milliarden Menschen haben bereits heute keinen Zugang zu trinkbarem Wasser. Gemäss den Millenniumsentwicklungszielen der UN sollte diese Zahl bis 2015 halbiert werden. Doch könnte sich die Situation für mehrere hundert Millionen Menschen stattdessen verschlechtern, weil die Niederschläge in den regenarmen Ländern nochmals zurückgehen und Dürreperioden länger werden. Der UNDP-Bericht rechnet mit weiteren 1,8 Milliarden Menschen, die bis 2080 davon betroffen sein könnten. Unregelmässige und zurückgehende Niederschläge treffen Kleinbauern ohne Bewässerungssysteme besonders hart. In Afrika, wo die Subsistenzlandwirtschaft 80 Prozent ausmacht, ist mit grossen Ernteeinbussen zu rechnen.

Die Klimaerwärmung wird somit einen dramatischen Einfluss auf die *Nahrungsmittelproduktion* haben. Schon heute werden in Ländern des Südens Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais, Hirse oder Weizen knapp. Muscheln, Krustentiere und Fischbestände werden wegen der Übersäuerung und der Überfischung der Meere dezimiert. Die Ernährungssituation spitzt sich also wieder zu. Die Hungerrevolten, zu denen es 2007 und 2008 in über 30 Ländern kam, machen deutlich, wie verletzlich eine Vielzahl von Regionen sind.

Natürlich hat die aktuelle Nahrungsmittelkrise viele Ursachen. Neben klimatischen Veränderungen wären andere langfristige Trends wie etwa der ansteigende Fleischverbrauch in Schwellenländern oder das Bevölkerungswachstum zu nennen. Nicht zu vergessen ist aber auch eine verfehlte Agrarpolitik, die einseitig auf das energieintensive, industrielle Landwirtschaftsmodell des Nordens ausgerichtet ist. Zusammen mit Politiken der Handelsliberalisierung hat sie dazu geführt, dass etwa 70 Prozent der Entwicklungsländer zu Nettoimporteuren von Nahrungsmitteln geworden sind und sich den Preisfluktuationen auf dem Weltmarkt wehrlos ausgeliefert sehen. Viele Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten auf Druck von Weltbank und Internationalem Währungsfonds und im Zuge von Freihandelsabkommen Liberalisierungs- und Strukturanpassungsreformen durchgeführt. Anstatt eine eigenständige nationale Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu verfolgen, haben sie ihre Märkte geöffnet, ausländischen Investoren den Zugang zu Land ermöglicht und strategische Nahrungsreserven aufgelöst. Das hat der globalen Agrarindustrie und der Spekulation mit Nahrungsmitteln Tür und Tor geöffnet.⁶

⁵ Dazu gehört etwa der Albedo-Effekt: weisse Flächen reflektieren das Sonnenlicht mehr als dunkle. Das Abschmelzen grosser Eisflächen führt dazu, dass sich die Erde noch schneller erwärmt. Ein anderes Beispiel kumulierter Effekte sind die arktischen Permafrostböden. Sie speichern etwa doppelt so viel CO₂, wie sich in der Atmosphäre befindet. Ihr Auftauen wird also den Klimawandel extrem beschleunigen.

⁶ Getreide ist in liberalisierten Märkten zum Spekulationsobjekt geworden. Der Anteil von spekulativen Investitionen im Wareterminhandel hat sich von 5 Milliarden US\$ im Jahr 2000 auf 175 Milliarden US\$ im Jahr 2007 gesteigert. So wird heute schon die Hälfte des an der Getreidebörse von Chicago gehandelten Weizens

So überschwemmen hochsubventionierte Agrarexportprodukte des Nordens die Märkte des Südens⁷ und zerstören die lokale Landwirtschaft. Die Konzentration von Saatgut, Böden und Nahrungsmitteln in den Händen von nationalen oder transnationalen Konzernen schreitet voran. Auch Schwellenländer und reiche Ölstaaten verschaffen sich zunehmend Land in Entwicklungsländern, um die eigene Rohstoff-, Energie- und Nahrungsversorgung sicherzustellen.⁸ Anstatt Lebensmittel für lokale Märkte zu produzieren, werden nun auf immensen Flächen Agrarprodukte und -rohstoffe – zum Beispiel Agrotreibstoffe – für Industrieländer erzeugt. Tausende von Kleinbauernfamilien werden dadurch von ihrem Ackerland verdrängt und in den Hunger getrieben.

Es ist kein Zufall, dass die Zahl der an Hunger und Unterernährung leidenden Menschen wieder rapide ansteigt.⁹ Ein einfacher und direkter Kausalzusammenhang liegt zwar nicht vor. Niemand plant den Hungertod anderer. Doch haben wir es hier mit nicht intendierten „Seiteneffekten“ von politisch gesteuerten wirtschaftlichen und sozialen Prozessen zu tun. Sie beruhen auf Entscheidungen von Akteuren, die anders handeln könnten. Zu Recht wiederholt daher der ehemalige UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, unermüdlich: „ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet“. In der Tat könnte ausreichend Nahrung für die Menschheit produziert werden, und dies auf eine nachhaltige Weise. Kleinbäuerliche und ökologische Produktion könnten, wie eine Studie der Universität Michigan zeigt, die Welt ernähren.¹⁰

Die klimabedingten Veränderungen im Agrarbereich sind letzten Endes indirekte Auswirkungen menschlichen Handelns. Und sie bringen weitere sich kumulierende Effekte hervor. Armut, Trinkwassermangel und Ernährungsprobleme begünstigen die Ausbreitung ansteckender *Krankheiten*. Zudem bewirken auch die Temperaturerhöhungen laut IPCC die Ausbreitung übertragbarer Krankheiten wie Malaria oder Gelbfieber. Auf den Klimawandel werden in diesem Sinne heute schon etwa fünf Millionen zusätzliche Malaria-Infektionen und rund 150'000 Todesfälle zurückgeführt.¹¹

Umweltveränderungen haben auch *Migrationsfolgen*. Gegenwärtig rechnet man mit 25 Millionen Menschen, die wegen des Klimawandels ihre angestammten Siedlungsgebiete verlassen mussten. Doch schon in naher Zukunft könnte sich diese Zahl laut dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge verdoppeln oder vervierfachen. Allein in Bangla Desh wird mit mehreren Millionen von Klimaflüchtlingen gerechnet. Der pazifische Inselstaat Tuvalu droht als erstes Land vom steigenden Meeresspiegel von der Landkarte gespült zu werden.¹² Doch

von Investment Fonds kontrolliert. Vgl.dazu die von Brot für alle und Fastenopfer herausgegebene Broschüre „Wege aus der Nahrungsmittelkrise“, EinBlick, H. 2, Bern 2008.

⁷ 2007 haben die OECD-Staaten ihre Landwirtschaft mit Produktions- und Exportsubventionen von 349 Milliarden Dollar unterstützt.

⁸ Kambodscha verpachtet Land an Katar und Kuwait, auf dem diese für den Eigenbedarf Reis anbauen. In West-Papua will ein saudi-arabisches Konsortium auf 1.6 Mio. ha Reis produzieren. China verfolgt ähnliche Strategien in afrikanischen Staaten wie Kamerun.

⁹ Rechnete die FAO 2006 noch mit 854 Millionen Hungernden, so schätzt sie derzeit ihre Zahl auf 923 Millionen.

¹⁰ Badgley, C., J.K. Moghtader, E. Quintero, E. Zakem, M.J. Chappell, K.R. Avilés Vásquez, A. Samulon, and I. Perfecto. 2007. [Organic agriculture and the global food supply](#). *Renewable Agriculture and Food Systems* 22(2): 86-108. In die gleiche Richtung weist auch der jüngst veröffentlichte Weltagrarbericht der IAASDT (www.agassessment.org).

¹¹ Tilman Sartorius, Klimawandel und globale Gerechtigkeit, in: Politik und Zeitgeschichte, H. 24, Bonn 2007, S. 20.

¹² Vgl. Heimo Claasen, Dem Klimawandel schutzlos ausgeliefert. Tuvalu versinkt im Meer und bittet die Europäische Union um Hilfe, in: Welt-Sichten, H. 11, 2008, S. 50.

wohin sollen diese Menschen gehen? Die Regierung von Tuvalu hat für ihre Bevölkerung - 11'000 Personen - vergeblich in Neuseeland und Australien Asyl beantragt.

Die Industrienationen zeigen vorerst wenig Bereitschaft, Opfer der von ihnen zur Hauptsache verursachten Klimaveränderungen aufzunehmen. Dass kein Land eine Vorreiterrolle spielen will, liegt daran, dass sie unter allen Umständen vermeiden wollen, zu einer Hauptdestination von Migrationswilligen zu werden. Atiq Rahman, Direktor des Bangla Desh Centre for Advanced Studies, hat deshalb vorgeschlagen, dass in Zukunft jedes Land einen nach dem Verursacherprinzip, d.h. dem Ausstoss von CO₂-Äquivalenten, berechneten Anteil von Klimaflüchtlingen aufnehmen müsse.¹³ Durchzusetzen wird dies nur schwer sein. Denn Klima- und Umweltflüchtlinge geniessen noch keinen Schutz durch das Völkerrecht.

Allerdings wird es in Zukunft wohl immer schwieriger werden, Umwelt- von Kriegsflüchtlingen zu unterscheiden. Denn zu den gravierendsten Folgen des Klimawandels gehört die Zunahme kriegereischer *Konflikte*, die aus der Wechselwirkung von Umweltveränderungen mit politischen und sozioökonomischen Prozessen resultiert. International Alert hat 46 Länder mit einer Bevölkerung von 2,7 Milliarden als besonders gefährdet identifiziert.¹⁴ Und selbst das Pentagon hat 2004 nicht den internationalen Terrorismus, sondern den globalen Klimawandel als grösste sicherheitspolitische Bedrohung bezeichnet.

Der Klimawandel wird zum Ausbruch kriegereischer Konflikte und gewaltsamer Auseinandersetzungen sowohl innerhalb wie zwischen Staaten beitragen. Harald Welzer entwirft in seinem Buch „*Klimakriege*“ diesbezüglich ein düsteres Szenario. Er rechnet mit

- einer Zunahme an lokalen und regionalen Konflikten um die Nutzung von landwirtschaftlicher Böden und den Zugang zu Trinkwasser,
- mit grenzüberschreitenden Ressourcenkonflikten infolge des Versiegens von Flüssen und des Schrumpfens von Seen¹⁵ und wegen des Schmelzens der arktischen und antarktischen Eismassen, unter denen gigantische Rohstoffvorkommen vermutet werden,
- mit Gewalt zur Abwehr stark anwachsender Binnen- und transnationaler Migration, die ihrerseits auf die Einschränkung von Lebensraums durch Landdegradation oder Überschwemmungen zurückzuführen ist.¹⁶

Soziales Klima ist komplexer als das physikalische und daher auch schwieriger vorherzusagen. Dennoch kann auch im Blick auf Konfliktlagen von Beobachtungen gegenwärtiger Entwicklungen ausgegangen werden. Sie lassen erkennen, dass Klimakriege in erster Linie in Regionen und unter Verhältnissen stattfinden, „in denen Entstaatlichung und die Existenz privater Gewaltmärkte den Normalzustand darstellen“¹⁷. Dies zum einen deswegen, weil die Industriegesellschaften des Nordens dazu tendieren, präventiv gegen anwachsende Migrationsströme ausserhalb ihrer Grenzen vorzugehen und ihre Interventionen zunehmend privaten Sicherheitsunternehmen zu delegieren. Zum andern sind sozial verletzte Gesellschaften, insbesondere postkoloniale, „in besonderem Masse anfällig für Gewaltkonflikte, denen Umweltveränderungen zugrunde liegen – unter anderem deswegen,

¹³ Entwicklungspolitischer Blick auf die Herausforderungen und die Auswirkungen der globalen Klimaveränderung und die Post-Kyoto-Verhandlungen, Alliance Sud-Dokument, 2008, S. 9.

¹⁴ Dan Smith/Janani Vivekananda, A Climate of conflict. The links between climate change, peace and war, London 2007

¹⁵ Der Tschadsee z.B. hat bereits 95 Prozent seiner ursprünglichen Fläche eingebüsst, von vier Anrainerstaaten haben deshalb nur noch zwei (Tschad und Kamerun) Seeufer, Niger und Nigeria keines mehr.

¹⁶ H. Welzer, Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt / M 2008, S. 110, 115 u. 133.

¹⁷ L.c., S. 247.

weil hier meist nicht der Staat das Gewaltmonopol hat¹⁸. Etwa zwei Milliarden Menschen leben gegenwärtig in Staaten, die in diesem Sinne als unsicher, scheiternd oder gescheitert gelten.

Exemplarisch für die Wechselwirkungen zwischen ökologischen und sozialen Zerstörungsprozessen ist der Sudan. Im Norden des Landes hat sich die Wüste in den letzten vierzig Jahren um hundert Kilometer weiter in Richtung des zuvor fruchtbareren Südens ausgebreitet. Schuld daran haben zurückgehende Regenfälle, aber auch die Überweidung von Grasflächen, das Abholzen von Wäldern und die darauf folgende Bodenerosion.¹⁹ Der zu erwartende Temperaturanstieg in den nächsten Jahrzehnten kann einen Rückgang der Getreideernten um etwa 70 Prozent bedeuten. Die Lage im Darfur zeigt, dass solche Klimaveränderungen in Verbindung mit dem ausgeprägten Bevölkerungswachstum und der Knappheit nutzbaren Bodens Gewalt und Vertreibungen bewirken. Zugleich aber hat der erbittert geführte Bürgerkrieg wiederum katastrophale Rückwirkungen auf die Umwelt. Da die Konflikte entlang ethnischer Grenzen ausgetragen werden, bleiben diese Zusammenhänge den Akteuren meist verborgen.²⁰

Welzer sieht im sudanesischen Drama ein Modell künftiger Klimakriege: „Anpassungsversuche von Menschen an sich verändernde Umweltsituationen“, die sich in der „Herausbildung von Gewaltmärkten, Gewaltspezialisten, Flüchtlingen, Lagern und Toten“ äussern. Der Westen hingegen setze auf technologische Antworten auf den Klimawandel und eine dritte industrielle Revolution, eine Anpassung, die sich unter Umständen sogar als volkswirtschaftlich profitabel erweisen könnte.²¹

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die mit der Klimaerwärmung verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Prozesse die bestehenden globalen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten noch vertiefen und weiter verfestigen. Die verminderte Leistungsfähigkeit von Ökosystemen trifft die von Fischerei, Wald- oder Landwirtschaft lebenden Bevölkerungen der Entwicklungsländer am stärksten. Auch sind viele dieser Länder von Zyklonen, extremen Dürreperioden oder Überschwemmungen stärker betroffen als die Industrieländer des Nordens. Vor allem aber macht die schwache institutionelle, finanzielle und technologische Ausstattung ärmerer Staaten sie verletzbar. Denn das Ausmass an sozialen Verwerfungen wird nicht allein von den Umweltveränderungen oder extremen Wetterlagen bestimmt, es ist mehr noch davon abhängig, wie betroffene Gesellschaften sich darauf vorzubereiten und sie zu bewältigen vermögen. Der Klimawandel wird daher „die Macht-, Wohlstands- und Sicherheitsgefälle zwischen den Ländern der ersten und der dritten Welt und der Schwellenländer weiter verstärken und für dauerhafte Dissonanzen im globalen Gerechtigkeitsgefüge sorgen“.²²

Der Klimawandel: eine komplexe Gerechtigkeitsfrage

Der Klimawandel sollte also nicht nur als Umweltthema betrachtet werden, sondern als soziales, entwicklungspolitisches und kulturelles Problem, das zahlreiche, nicht einfach zu beantwortende Gerechtigkeitsfragen aufwirft.

Wie verhalten sich, wenn Klimaveränderungen Armutsprobleme und sozialen Ausschluss verstärken, Klimaschutz und Armutsbekämpfung? Was hat Vorrang: die globale ökologisch-

¹⁸ L.c., S. 105.

¹⁹ Vierzig Prozent des Waldes sind seit der Unabhängigkeit im Sudan verloren gegangen. L.c., S. 23.

²⁰ Vgl. l.c., S. 99.

²¹ Vgl. l.c., S. 149

²² H. Welzer, l.c., S. 140f.

soziale Herausforderung oder das Recht auf Entwicklung der ärmeren Länder? Welche ethischen Kriterien sind dabei massgebend? Ohne Zweifel legt sich eine Sichtweise nahe, welche der effektiven Komplementarität von Klima- und Armutsfragen Rechnung trägt.

Der Ansatz der Greenhouse Development Rights (GDR) geht in diese Richtung: er verlangt Entwicklungsrechte im globalen Treibhaus und baut auf dem Grundsatz einer gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung auf, wie er am Umweltgipfel von Rio 1992 und in der UN-Klimakonvention formuliert worden ist. Diese verpflichtet die Vertragsstaaten, „auf der Grundlage der Gerechtigkeit“ und entsprechend ihren unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten „das Klimasystem zum Wohl heutiger und künftiger Generationen zu schützen“. Der GDR-Ansatz, der im Hinblick auf ein neues internationales Klimaabkommen formuliert wurde, fokussiert zusätzlich das Recht auf Entwicklung und Armutsüberwindung indem er neben der CO₂-Bilanz auch den Anteil der Einkommen eines Landes über 7500 Dollar berücksichtigt. Damit soll bei den Massnahmen zur Begrenzung des Klimawandels wie auch bei jenen zur Anpassung an den Klimawandel eine faire Lastenteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern erreicht werden. Der GDR-Ansatz kombiniert also in seinem Verantwortlichkeits- und Fähigkeitsindex das Verursacherprinzip (die Menge der Emission von CO₂-Äquivalenten) mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes.²³

Gleichwohl bleibt es schwierig zu bestimmen, welches Gerechtigkeitskonzept der Problemlage angemessen ist. Gerade die Debatte um die Verteilung künftiger CO₂-Emissionsrechte im Vorfeld der Konferenz von Kopenhagen²⁴ zeigt dies: während die einen Vorschläge auf Gewohnheitsrecht - Erhaltung von bereits bestehenden Nutzungsrechten - rekurren, bringen andere die historische Schuld der Industrieländer ins Spiel, wieder andere das Konzept künftig gleicher Pro-Kopf-Emissionsrechte. Hilfswerke und entwicklungspolitische Organisationen argumentieren mit der Verletzbarkeit armer Länder gegenüber dem Klimawandel – 97% der von Umweltkatastrophen Betroffenen sind Arme - oder dem Recht auf Entwicklung.

Aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit eines griffigen Post-Kyoto-Abkommens scheint klar, dass die Industriestaaten legitime Interessen der Entwicklungsländer zu respektieren haben. Das heisst grundsätzlich, dass Gesichtspunkte der Bedarfs-, der Chancen- und der Verfahrensgerechtigkeit zu beachten sind.²⁵ *Bedarfsgerechtigkeit* meint, dass alle klimapolitischen Entscheide daran zu messen sind, ob sie den Grundbedürfnissen der Menschen Rechnung tragen. Referenzpunkte dafür wären die Menschenrechte, insbesondere die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Der Klimawandel stellt, wie wir gesehen haben, vom Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit über das Recht auf Nahrung bis hin zum Recht auf Gesundheit und dem auf eine intakte Umwelt eine ganze Reihe dieser Menschenrechte in Frage. Zur *Chancengerechtigkeit* gehört, dass auch die wirtschaftlich Schwächeren am Klimaschutz partizipieren können, ohne dies mit noch

²³ Der Greenhouse Development Ansatz wurde vom Stockholm Environment Institute im Auftrag von Christian Aid und Heinrich-Böll-Stiftung entwickelt. Vgl. The Right to Development in a Climate Constrained World – The Green House Development Rights Framework, Berlin 2007. In verschiedenen Ländern Europas werden Kampagnen geführt, damit die Regierungen in den bevorstehenden Klimaverhandlungen auch der entwicklungspolitischen Dimension Rechnung tragen und den GDR-Ansatz übernehmen. In der Schweiz sind Brot für alle und Fastenopfer Träger dieser Kampagne.

²⁴ Im Dezember 2009 soll in Kopenhagen ein Klimaabkommen verabschiedet werden, welches für die Zeit nach 2013, d.h. nach Ablauf des sog. Kyoto-Protokolls, in Kraft treten soll. Umstritten ist im Vorfeld insbesondere die Frage, wie und wie weit Entwicklungs- und Schwellenländer für die notwendigen Emissionsreduktionen gewonnen werden können.

²⁵ Vgl. Johannes Wallacher, Michael Reder, Prinzipien der Gerechtigkeit. Die Klimaverhandlungen brauchen ein ethisches Leitbild, in: Welt-Sichten, H. 5, Frankfurt/M 2008, S. 12f.

grösserer Armut zu bezahlen, zur *Verfahrensgerechtigkeit* schliesslich, dass sie an den Verhandlungen und Entscheidungen ohne Einschränkungen und Diskriminierung beteiligt sind.

Noch grundsätzlicher betrachtet sind in der ethischen Diskussion des Klimawandels sehr verschiedenartige Gerechtigkeitsgebiete involviert: die ökologische, die soziale, die Geschlechter- und die intergenerationelle Gerechtigkeit.

Ökologische Gerechtigkeit wird auf unterschiedlichste Weise verstanden. Anthropozentrische Auffassungen dominieren in der Regel und beziehen sich im wesentlichen entweder auf Umweltkosten oder –güter und ihre gerechte soziale Verteilung²⁶ oder auf die Beteiligung an umweltbezogenen politischen Entscheiden (Verfahrensgerechtigkeit). In diesem Sinn geht das Konzept auf die US-amerikanische Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung der 80er Jahre zurück und artikuliert das Recht auf eine intakte Umwelt. Relevant ist der Begriff ökologischer Gerechtigkeit aber auch im Rahmen der Diskussion um das Gemeinwohl²⁷ und „globale öffentliche Güter“ wie Klimastabilität, Gesundheit oder Frieden.

Es gibt aber auch biozentrische Positionen, welche auf dem Eigenrecht der aussermenschlichen Natur aufbauen. Hans Jonas hat diesem Gedanken immerhin eine gewisse Berechtigung nicht absprechen wollen, als er in seinem „Prinzip Verantwortung“ den neuen Tatbestand der „Verletzlichkeit der Natur durch die technische Intervention des Menschen“ reflektierte: „ein stummer Appell um Schonung ihrer Integrität scheint von der bedrohten Fülle der Lebenswelt auszugehen“.²⁸ Weiter in diese Richtung drang Michel Serres vor, der den Bann anthropozentrischen Denkens zu sprengen suchte durch ein Plädoyer für einen Naturvertrag. Dieser soll über einen ausschliesslichen Gesellschaftsvertrag hinausgehen und ein wechselseitiges Verhältnis der Symbiose zwischen dem Menschen und einer bislang rechtlosen Natur begründen.²⁹

Die Weiterentwicklung der Menschenrechte in das Gebiet von Natur-Rechten hinein ist allerdings noch sehr umstritten. Auch wenn es Sinn macht, eine Naturethik als kritische Grenze des menschlichen Nutzenkalküls zu postulieren, so darf doch darüber die *soziale Gerechtigkeitsfrage*, die der Klimawandel aufwirft, nicht in Vergessenheit geraten. Die Hauptverursacher der Klimaveränderungen haben ein grosses Interesse daran, diese aus gesellschaftlichen Zusammenhängen herauszulösen und als reines Umweltproblem zu behandeln. Das erlaubt es ihnen, sich ihrer Verantwortung zu entziehen, ja an der technologischen Lösung der Probleme, die ihre Wirtschafts- und Konsumweise hervorgebracht hat, noch einmal zu verdienen.

²⁶ So formuliert beispielsweise Anton Leist: „Ökologische Gerechtigkeit herrscht in einer Gesellschaft aktuell und längerfristig dann, wenn alle ökologisch relevanten Güter und Lasten, Freiheiten und Pflichten aktuell und längerfristig gerecht unter den Beteiligten verteilt sind“ (A. Leist, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 24, Bonn 2007, S. 5).

²⁷ Dieser Begriff wird besonders, aber nicht nur im Kontext der katholischen Soziallehre verwendet. Vgl. u. Anm. 34.

²⁸ Hans Jonas, *Das Prinzip Verantwortung*, Frankfurt/M 1979, S. 29. Das Ausmass der Bedrohung wird am Verlust an Biodiversität sichtbar. So heisst es in der jüngsten Globalen Agenda des WEF: Our ecosystems and biodiversity are being degraded at an alarming rate. An estimated US \$ 4.5 trillion is lost annually. Many of the losses are irreversible. (www.weforum.org/pdf/globalagenda.pdf, S. 6)

²⁹ Vgl. Michel Serres, *Der Naturvertrag*, Frankfurt/M 1994. In anderer Weise setzt auch Ernst Bloch auf eine „Allianztechnik“ im Verhältnis zur Natur und einen erneuten „Einbau der Menschen (sobald sie mit sich sozial vermittelt sind) in die Natur (sobald die Technik mit der Natur vermittelt ist)“ (vgl. E. Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt/M 1959, S. 817).

Wie Judith Shklar gezeigt hat, besteht einer der verbreitetsten Tricks, um Verantwortlichkeit zu vermeiden, darin, „Ungerechtigkeit in Unglück umzudefinieren“³⁰. Eben deshalb insistierte die amerikanische Philosophin darauf, dass die Perspektive der Opfer zur Geltung kommt. Denn „die Wahrnehmung der Opfer und derjenigen, die – wie entfernt auch immer – die Täter sind, neigen dazu, unterschiedlich zu sein“.³¹

Entsprechendes gilt auch für die *geschlechtsspezifische Wahrnehmung* des Klimawandels. In den bisherigen Klimaverhandlungen fehlen Genderaspekte völlig. Doch sind die Erfahrungen von Frauen und Männern mit klimabedingten Veränderungen sehr unterschiedlich. Als 1991 in Bangladesh ein Zyklon 140'000 Opfer forderte, waren 90 Prozent davon Frauen.³² Sie sind auch von den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungs- und Gesundheitssituation sowie die Verfügbarkeit anderer Ressourcen generell viel stärker betroffen als Männer. Auch hier zeigt sich: Verletzlichkeit ist keine Naturgegebenheit, sondern ein gesellschaftliches Konstrukt, das Ergebnis produzierter Machtungleichheiten. Diese sind auch die Ursache für die krasse Untervertretung von Frauen in den bisherigen Klimaverhandlungen. Auf der andern Seite sind Frauen sehr erfolgreich, wenn es um Massnahmen gegen den Klimawandel wie beispielsweise die Wiederaufforstung geht.³³

Die Kluft zwischen denjenigen, welche den Effekten des Klimawandels am meisten ausgesetzt sind, und jenen, die sie letzten Endes verursacht haben, hat noch weitere Gerechtigkeitshürden zur Folge. Da das Klima träge ist und die gegenwärtig konstatierbaren Veränderungen auf Emissionen vergangener Jahrzehnte zurückgehen, stellen sich schwierige Fragen der *intergenerationellen Ungerechtigkeit*. Wiederum droht eine eingebaute Verantwortungslosigkeit, da man die jetzt Lebenden nicht für das Handeln ihrer Vorväter zuständig machen kann, die nicht mehr am Leben sind und zudem die Folgen ihres Handelns nach dem damaligen naturwissenschaftlichen Wissensstand gar nicht vorhersehen konnten. Ebenso werden die jetzt Lebenden selber die Folgen ihres Handelns kaum mehr erleben können, was nicht unbedingt handlungsförderlich ist. Das Problem verschärft sich noch dadurch, dass es in erheblichem Masse um Entscheidungen kollektiver Akteure aus Politik und Wirtschaft geht, die an ihrem Gegenwartshandeln gemessen werden: Politiker wollen wiedergewählt werden, und auch der Nutzen wirtschaftlicher Aktivitäten fällt primär in der Gegenwart an, die Folgekosten in Form von Umweltschäden hingegen sind erst Jahrzehnte danach zu bezahlen.

Aus ethischer Sicht allerdings ist klar, dass die heute Lebenden kein Recht haben, die voraussehbaren Folgen ihres Handelns zu ignorieren und so die Lebenschancen künftiger Generationen zu gefährden.³⁴ Hans Jonas hat dies als einer der ersten erkannt und hat im Blick auf die Risiken der „technologischen Zivilisation“ den kategorischen Imperativs Kants entsprechend um eine Zeit- und Wirkungsdimension erweitert: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden“.³⁵ Die Verantwortungsethik, welche damit verbunden ist, hat weniger das private Verhalten als die öffentliche Politik im Blick. Für die komplexen Gerechtigkeitsfragen im Klimawandel reicht ein solcher zukunftsethischer Ansatz gleichwohl nicht aus, vor allem wenn er, wie bei Jonas, sich in Fortsetzung traditioneller Metaphysik an der „Idee des

³⁰ Judith N. Shklar, *Über Ungerechtigkeit*, Berlin 1992, S. 61.

³¹ L.c., S. 8.

³² Vgl. Lorena Aguilar et al, *Gender and Climate Change* (www.wedo.org/library).

³³ Vgl. Lorena Aguilar et al, *Reforestation, Afforestation, Deforestation, Climate Change and Gender* (www.wedo.org).

³⁴ Vgl. Johannes Müller, *Thesen zum Klimawandel als ethischer Herausforderung*, Symposium Klimagerechtigkeit, Bern 2008 (www.oekumenischekampagne.ch)

³⁵ H. Jonas, l.c., S. 36.

Menschen“ oder des Lebendigen orientiert und die Dimensionen sozialer Ungleichheitsproduktion weitgehend ausblendet.³⁶

Für die ethische Reflexion anthropogener Klimafolgen sind die Fernwirkungen nicht nur in der Zeit, sondern im Raum ein zentrales Problem: der Verbrauch fossiler Energiequellen im industrialisierten Ländern des Nordens hat zeitverschoben Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit und Niederschlagsmengen und damit auf die Ernährungssicherung in andern Weltregionen. Dies wird je nach Standort verschieden beurteilt. So argumentieren Angehörige der nördlichen Hemisphäre häufig im Sinne einer Verteilungsgerechtigkeit mit Gesichtspunkten des Prokopfverbrauchs von Umwelt: „Es ist kein moralischer Grund anzugeben, warum irgendein Erdenbürger ein grösseres Recht auf die Nutzung der Atmosphäre als eines globalen Gemeinschaftsguts beanspruchen könnte als irgendein anderer“³⁷. Dem entsprechend geht es hier in erster Linie um eine gerechtere Verteilung der Emissionen in der Gegenwart. Aus dieser Argumentation folgt allerdings, dass es so etwas wie ein Recht auf Belastung der Umwelt gäbe, und es stellt sich die Frage, „ob Gerechtigkeit darin besteht, jedem dieselbe Möglichkeit zu eröffnen, die Grundlagen des langfristigen Überlebens der Menschen abzuschaffen“³⁸.

Ganz offensichtlich sind die Naturbedingungen einzubeziehen, unter denen im Sinne einer Chancengleichheit allen Menschen ein würdiges Leben gelingen kann. Die Begrenztheit des Planeten muss in Rechnung gestellt werden. „Beim Klimaschutz“, formuliert der Schweizer Ethiker Hans Ruh in einem Gespräch, „muss sich das menschliche Mass am Kriterium der ökologischen Tragfähigkeit orientieren. Letztlich dürfen nicht mehr Treibhausgase in die Atmosphäre entweichen, als die Natur langfristig binden kann“.³⁹ Das bedeutet: „Bei einer geschätzten Weltbevölkerung von 9 bis 10 Milliarden Menschen im Jahr 2100 darf langfristig jede Person jährlich noch rund eine Tonne CO₂ freisetzen, wenn man ein stabiles Klima anstrebt und dabei jedem Erdbewohner dieselbe Emissionsmenge zugesteht“⁴⁰. Da in den Industriestaaten derzeit ein Mehrfaches dieser Menge emittiert wird, verlangt dies eine drastische Reduktion des Verbrauchs fossiler Brenn- und Treibstoffe, die nur durch ein Umsteigen auf erneuerbare Energien und Rohstoffe und eine starke Effizienzsteigerung im Energieeinsatz erreichbar ist. Weltweit sind allerdings noch keine Anzeichen für eine solche Trendwende erkennbar. Der globale CO₂-Ausstoss hat vielmehr laut IPCC seit 2001 jährlich um 3,4 Prozent zugenommen.

Es besteht kein Zweifel: „Wir leben und wirtschaften mit einer gewaltigen Hypothek auf die Zukunft“⁴¹. Doch wer ist „Wir“? Reicht es, von einer faktischen Zwangssolidargemeinschaft der Menschheit auszugehen, die gemeinsam für den angerichteten Schaden haftet und Abhilfe zu schaffen hat? Wie steht es mit der Verantwortung für die die akkumulierte Kohlenstoff-Schuld, auf welcher der Wohlstand der Industriestaaten basiert? Diese Fragen werden von jenen gestellt, welche bereits heute die Hauptlast dieser Hypothek des fossilen Entwicklungs-

³⁶ Ebd., S. 92. Zum Platonismus von Jonas vgl. Hans-Ernst Schiller, Ethik und Kritik der Utopie. Zum Verhältnis von Ernst Blochs Veränderungsethik und der Erhaltungsethik von Hans Jonas, in: O. Decker u. T. Grave (Hg.), Kritische Theorie zur Zeit, Springer 2008, S. 61ff.

³⁷ Es ist nicht zu spät für eine Antwort auf den Klimawandel. Ein Appell des Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Wolfgang Huber, EKD-Texte 89, 2007, S. 11. Ähnlich auch Béatrice Bowald, Klimawandel – Den Worten Taten folgen lassen. Ein Anstoss aus sozialetischer Perspektive, Nationalkommission Justitia et Pax im Auftrag der Schweizerischen Bischofskonferenz, Bern 2009, S. 31.

³⁸ H. Welzer, l.c., S. 121.

³⁹ Hans Ruh, Eine Frage der Gerechtigkeit, in: Umwelt, Bundesamt für Umwelt BAFU, Bern H. 3/08, S. 47.

⁴⁰ Beat Jordi, Höchste Zeit für eine Trendwende, in: Umwelt, H. 3/08, S. 8.

⁴¹ Die deutsche Bischöfe, Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen / Kommission Weltkirche, Der Klimawandel, Nr. 34.

modells zu tragen haben. Sie bringen gegenüber dem zeitlosen Pro-Kopf-Kalkül von Emissionsrechten die Diachronie nachwirkender Geschichte ins Spiel.

Ökologische Schuld und transformative Gerechtigkeit

Die Klimaerwärmung ist unzweifelhaft ein Ergebnis des unstillbaren Hungers nach fossiler Energie in den Ländern, welche als erste den Weg der Industrialisierung eingeschlagen haben.⁴² Wenn zahlreiche Länder in ökologisch verletzlichen und Armutsregionen zur Beute des Klimawandels werden, so wird deutlich: Die Karbonschuld des Nordens wird mit Hunger, Durst und Tod in Ländern des Süden bezahlt. Darauf insistieren Netzwerke der Südhemisphäre, Kirchen und indigene Organisationen seit Jahren. Dem finanzwirtschaftlichen Schuldenregime der Bretton Woods Institutionen begegnen sie mit dem Konzept einer ökologischen, sozialen und historischen Schuld der Industrieländer.⁴³

Dieses Konzept umfasst mehr als die dramatisch zunehmende Übernutzung der Ökosysteme der Erde.⁴⁴ Es schliesst auch das menschliche Leiden ein, das durch „koloniale und gegenwärtige Ausplünderung, das wirtschaftliche und politische Machtgefälle und die Umweltzerstörung den Völkern Länder des Südens zugefügt wurde“⁴⁵. Daher setzt sich ein breites Bündnis von sozialen Bewegungen für eine Anerkennung dieser Schuld und eine Wiedergutmachung ein.

Diese Forderung wird auch von Kirchen unterstützt. So hat sich der Ökumenische Rat der Kirchen, der sich seit Beginn der 70er Jahre mit der Frage der ökologischen Nachhaltigkeit befasst hat, wiederholt dazu geäußert. „Wir anerkennen, dass diese Länder und diese Menschen die Gläubiger einer riesigen ökologischen Schuld sind“, heisst es im Entwurf einer Erklärung des Zentralausschusses vom Februar 2008.⁴⁶ Eine Konsultation im Oktober dieses Jahres stellt auch den Zusammenhang mit einer Wirtschaftsweise her, die durch Raubbau an menschlichen und natürlichen Ressourcen über Jahrhunderte eine soziale und ökologische Schuld angehäuft habe.⁴⁷

Die Forderung nach Anerkennung dieser Schuld dient nicht bloss dazu, die Streichung der finanziellen Schuldenlast des Südens, die gegenwärtig rund 1,3 Billionen US-Dollar beträgt, zu begründen. Sie zielt auf eine dauerhafte Wiederherstellung der Geschädigten („*restorative justice*“) und macht darüber hinaus die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen

⁴² Vgl. H. Welzer, l.c. S. 10.

⁴³ So etwa Acci3n Ecol3gica, eine ecuatorianische Umweltorganisation: „the accumulated, historical and current debt, which industrialized Northern countries – their institutions and corporations – owe to the countries of the South for having plundered and used their natural resources, exploited and impoverished their peoples... Industrialized Countries are also responsible for the gradual destruction of the planet as a result of their patterns of production and consumption and environmental pollution that generates the greenhouse effect“ (zit. In: Rogate Mshana, Poverty, Wealth and Ecology: the Impact of Economic Globalization, a Background to the Study Process, WCC, Genf 2008, S. 12).

⁴⁴ Seit Mitte der achtziger Jahre ist der globale ökologische Fussabdruck grösser als die weltweite Biokapazität. Das bedeutet, dass Natur schneller verbraucht wird, als sie sich zu regenerieren vermag. Während der durchschnittliche ökologische Fussabdruck in Ländern des Norden zur Zeit 6,4 ha/Person beträgt, liegt er in Entwicklungsländern im Schnitt bei 0,8 ha.

⁴⁵ Erklärung der „Alianza de los pueblos del Sur acreedores de la deuda ecol3gica“ am siebten Weltsozialforum in Nairobi (2007). Vgl. www.deudaecologica.org

⁴⁶ Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen: Erklärung zu ökologischer Gerechtigkeit und ökologischer Schuld, Genf, Februar 2008. Auch katholische Netzwerke kommen zu ähnlichen Schlüssen: „Die industrialisierten Länder müssen ihre ökologische Schuld anerkennen und eine Führungsrolle bei der Reduktion ihrer absoluten Treibhausgasemissionen übernehmen“ (Entwicklung und Klimagerechtigkeit. CIDSE-Positionspapier, Nov. 2008, S. 5).

⁴⁷ AGAPE Consultation: Linking poverty, wealth and ecology: Ecumenical Perspectives in Latin America and the Caribbean, Guatemala, 6-10 October 2008

deutlich. Sie führt uns zu einem Konzept *transformativer Gerechtigkeit*. Diese verlangt ein Handeln, das nach den Ursachen der sozialen und natürlichen Verwüstungen fragt.

Klimaerwärmung, Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontieren die Menschheit mit den ungewollten Folgen ihres eigenen Handelns. Die Erkenntnis, dass ein fundamentaler gesellschaftlicher und kultureller Wandel notwendig sei, drängt sich auf. „Der Klimawandel“, hält Nicolas Stern in seinem Bericht an die britische Regierung fest, „bedroht die Grundelemente des menschlichen Lebens in der ganzen Welt – Zugang zu Wasser, Lebensmittelproduktion, Gesundheit und die Nutzung von Land und Umwelt.“⁴⁸ Allerdings beschränkt er sich darauf, die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum aufzuzeigen: erfolge die Umstellung auf eine kohlenstoffarme Volkswirtschaft rechtzeitig, so könnten die schlimmsten Risiken und Auswirkungen des Klimawandels mit tragbaren Kosten vermieden werden. Der Frage, weshalb das gegenwärtige Entwicklungsmodell seine eigene Zukunft aufs Spiel setzt, geht der ehemalige Chefökonom der Weltbank nicht auf den Grund.

Zu fragen wäre, warum ein in der bisherigen Geschichte beispiellos erfolgreiches System der Reichtumsproduktion zugleich Zerstörungsprozesse hervorbringt, welche die Grundlagen menschlichen Lebens und seiner selbst global bedrohen. Offenkundig hängt dies mit den Stärken des Systems selber zusammen: eine Gesellschaft, die sich in den Dienst der Produktion von Waren zum Zweck der Wertvermehrung des Kapitals stellt, zeichnet sich durch eine Wachstumsdynamik ohne Grenzen aus. Denn die Wertvermehrung ist von dem Gut, das produziert wird, nicht abhängig. Was zählt, ist einzig, wieviel produziert und verwertet werden kann. Das Wieviel der Kapitalvermehrung, die prinzipiell grenzenlos ist, beruht aber auf Verausgabung von Arbeitskraft und Naturressourcen, die begrenzt sind. Weil er diesen widersprüchlichen Zusammenhang erfasste, sprach Marx im Blick auf kapitalistische Landwirtschaft „von einem Fortschritt in Steigerung der Fruchtbarkeit“ der Böden, der zugleich ein „Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit“ sei. Noch verstärkt werde dieser Selbstzerstörungsprozess in der Entwicklung der grossen Industrie, die er in den Vereinigten Staaten entstehen sah. Seine Schlussfolgerung war: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“⁴⁹

Die Wachstumslogik, deren Kehrseite eine Vernichtung von „Human- und Naturkapital“ ist, hat zur Grundlage ein rationales Handeln im Sinne Max Webers. Sein Hauptkennzeichen ist ein formales: rational ist es, Mittel in optimaler Weise mit spezifischen Zwecken zu verbinden. An der Effizienz des Mitteleinsatzes, die sich an den Kosten ablesen lässt, die zur Erreichung des Zweckes entstehen, bemisst sich die Rationalität des Handelns. Wenn die gesamte Gesellschaft sich einem solchen Effizienzkriterium, das aus dem Kampf der Märkte hervorgeht, unterwirft, werden die Formalkriterien von Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit zu höchsten Werten, die über die mögliche Geltung aller übrigen Werte entscheiden.⁵⁰

Unter den Bedingungen globalisierter Marktkonkurrenz ist dies der Fall. Das führt zur irrationalen Konsequenz, dass Effizienzsteigerung und Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis gesucht werden, auch wenn damit als nichtintendierter Nebeneffekt die Zerstörung der Lebensgrundlagen produziert wird. Unter dem Vorzeichen totalisierter Marktlogik wird es

⁴⁸ Nicholas Herbert Stern, *The Economics of Climate Change: The Stern Review*, Great Britain Treasury, Cambridge University Press, 2007

⁴⁹ Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. I, MEW, Berlin 1972, S. 535f.

⁵⁰ Vgl. Franz Hinkelammert, *Das Subjekt und das Gesetz*, Münster 2007, S. 19.

somit rational, „den Ast abzusägen, auf dem wir sitzen“. Wenn die Vernunft der Mittel jede andere verdrängt und entwertet, offenbart sich also eine „Irrationalität des Rationalisierten“.⁵¹

Auswege aus der Krise der Moderne

Um Auswege aus der tödlichen Wachstumsfalle zu finden, muss diese als solche erkannt werden können. Dazu braucht es eine Rationalität, welche das lineare Zweck-Mittel-Denken übersteigt, es reflektiert und in den Dienst der Reproduktion des Lebens stellt. Für Franz Hinkelammert basiert eine solche reflexive und reproduktive Rationalität auf der wechselseitigen Anerkennung von Subjekten als Naturwesen, die auf einander angewiesen sind, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Unter dem Primat der Marktlogik führt die gegenseitige Anerkennung der Subjekte als Waren besitzende Marktteilnehmer zu ihrer Unterwerfung unter die Sachzwänge der Verwertung: kalkulierende Zweckrationalität entscheidet über Wettbewerbsfähigkeit und damit über Leben und Tod. Subjekte hingegen, „die einander als Naturwesen anerkennen, transzendieren die Marktbeziehung, um über sie zu urteilen“.⁵² Kriterium ist dabei letztlich die Bejahung des Lebens der andern, ohne die das eigene nicht möglich wäre. Reproduktive Rationalität führt so zur Option für das konkrete Subjekt, dessen Leben bedroht ist. Sie gibt aber damit auch zu erkennen, was in gesellschaftlicher Hinsicht Gerechtigkeit ist: „den Reichtum auf solche Weise produzieren, dass zugleich die Springquellen allen Reichtums *bewahrt* werden“.⁵³ Das reicht über bloße Verteilungsgerechtigkeit hinaus, ist auf die Reproduktionsfähigkeit der Erde und der auf ihr arbeitenden Menschen bezogen.

Es zeigt sich, dass die Krise der modernen, auf Techniken der Naturberrschung aufbauenden Rationalität mit der Perfektionierung ihrer eigenen Mittel nicht bewältigt werden kann. Die Klimaerwärmung auf eine technologische Frage zu reduzieren, hiesse den Kern der Problematik verkennen. Der Klimawandel macht die Fragwürdigkeit eines Entwicklungsmodells heraus, das sich nicht ohne katastrophale Folgen für den Planeten auf die ganze Menschheit ausdehnen lässt. Er ruft nach einem Kulturwandel, der zur Überwindung der kurzsichtigen, auf privater Nutzenmaximierung beruhenden Zweck-Mittel-Rationalität führt.

Ältere Formen des Wissens und Handelns können zu dem notwendigen Paradigmenwechsel Entscheidendes beitragen. Was als „vormodernes“ Wissen vermeintlich überholt ist, kann durchaus eine produktive Ungleichzeitigkeit enthalten, die über den engen Horizont des gegenwärtig vorherrschenden Paradigmas hinausweist. So unterminieren abweichende Werte und Beziehungslogiken indigener Völker zumindest die Disziplinarmacht der „pensée unique“ des Westens.

In diesem Sinne reklamieren indigene Völker ein „Wächteramt“ im Blick auf die bedrohte biologische und kulturelle Vielfalt. „Wir bewohnen die verletzlichsten Ökosysteme der Erde: den tropischen Regenwald, Wüsten, Sumpfgebiete, Berge und Inseln und gehören zu den Bevölkerungen, die den Folgen der globalen Klimerwärmung am stärksten ausgesetzt sind“, heisst es in der Erklärung von Kollasuyo über den Klimawandel.⁵⁴ Gleichzeitig halten sie jedoch fest, dass sie im Unterschied zum Raubbaukapitalismus die Fähigkeit hätten, sich wandelnden Umweltbedingungen optimal anzupassen: „wir verfügen über alternative Lösungen für die notwendige Begrenzung des Klimawandels“. Die Suche nach Auswegen aus

⁵¹ Vgl. l.c., S. 39.

⁵² L.c., S. 59.

⁵³ L.c., S. 450.

⁵⁴ Declaración del Collasuyo sobre el cambio climático, www.ecoportat und www.aininoticias

der Krise der Moderne kann auf dieses andere Erfahrungswissen nicht verzichten. Ohne Rettung des Gedächtnisses der Menschheit ist auch sie selber kaum zu retten.

Alle Kulturen bewahren bis zu einem gewissen Grade bis heute einen Fundus von Haltungen und Leitbildern, die sich vom zweckrationalen Nutzenkalkül unterscheiden und Elemente einer reproduktiven Vernunft enthalten. Der Satz „Ich bin, weil du bist“ umschreibt im afrikanischen Kontext ein solches Ethos. Es schliesst auch die natürliche Mitwelt ein, die Erde, die den Menschen nährt. Für andere Kulturen als die gegenwärtig dominierende sind Mensch und Natur in wechselseitiger Abhängigkeit zu verstehen. Ähnlich wie in der modernen Ökologie wird der Mensch als Teil von komplexen Austauschbeziehungen verstanden.

In allen Kulturen bringen Menschen ihre Dankbarkeit für die Freigiebigkeit der Natur in Rückgabehandlungen zum Ausdruck. Es macht auch den Kerngehalt vieler religiöser Traditionen aus, dass wir uns nicht uns selber verdanken. Dass die „Gabe des Lebens“ als Fest gefeiert und als Gnade erlebt wird, bildet einen Widerstandspol zur Vermarktung, die auch vor dem Leben selber nicht Halt macht. Zugleich ist darin jedoch auch ein Wissen angelegt, das an Stelle der Konkurrenz eine Option für Konvivenz begründet. „Durch unser Wissen um die Ganzheit und Verflochtenheit aller Teile der Schöpfung fühlen wir uns auch mit allen Menschen solidarisch und eins“, formulierte eine ökumenische Konsultation der Kirchen zum Schutz der Erdatmosphäre 1991 diesen Gedanken.⁵⁵

Das siegreiche Wissen der europäischen Moderne hat dieses „andere Wissen“ nicht gänzlich entmachten und entwerten können. Es ist ein Wissen um das unverfügbare Ganze, das gerade deshalb eine Solidarität begründet, die nicht anthropozentrisch bleibt. Dorothee Sölle hat dies mit den Worten zum Ausdruck gebracht: „Der Glaube an die gute Schöpfung ist ein Weg, die Erde mit andern zu teilen“⁵⁶.

Fraglich bleibt, ob die Abkehr vom gegenwärtigen Raubbausystem rechtzeitig gelingen wird. Allein um ein Kippen des Klimas zu verhindern, mit dem bei einer globalen Temperaturerhöhung 2 Grad Celsius zu rechnen ist, sind drastische Umstellungen im Energieverbrauch der Industrie- und Schwellenländer erforderlich. Faktisch geht es darum, in den nächsten Jahrzehnten den Umstieg von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien zu vollziehen.⁵⁷ Zugleich aber stehen die Industrieländer in der Pflicht, den ärmeren Ländern vor allem in den verletzlichen Weltregionen bei der Bewältigung der Klimafolgen zur Seite zu stehen. Die Klimapolitik wird zum Testfall werden für Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.

⁵⁵ Die Rolle der Kirchen beim Schutz der Erdatmosphäre. Bericht einer ökumenischen Konsultation von Kirchen aus Industrienationen der nördlichen Hemisphäre, Bern 1991, S. 36 (in: Wolfram Stierle et al, Hg., Ethik für das Leben, Rothenburg 1996, S. 616).

⁵⁶ Dorothee Sölle, Lieben und arbeiten. Eine Theologie der Schöpfung, München 2001, S. 17.

⁵⁷ Vgl. Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund, Energieethik. Unterwegs in ein neues Energiezeitalter. Nachhaltige Perspektiven nach dem Ende des Erdöls, SEK Studie 1, Bern 2008.